

am Dienstag, den 5. Februar 1878,
von Vormittags 9 Uhr an,

18 Rmtr. buchene Scheite,
6 - birkene
17 - weiche
17 - birkene Rollen,

1 Rmtr. erlene Rollen,
107 - weiche
40 - harte Keste,
410 - weiche

einzelu und partienweise gegen sofortige Bezahlung und unter den vor Beginn der Auction bekannt zu machenden Bedingungen an die Meistbietenden versteigert werden.

Wer die zu versteigernden Hölzer vorher besehen will, hat sich an den mitunterzeichneten Revierverwalter zu wenden oder auch ohne Weiteres in die genannten Abtheilungen zu begeben.

Forstrentamt Tharandt und Revierverwaltung Spechtshausen, am 21. Januar 1878.
R. von Schröter. **R. Heinicke.**

Tagesgeschichte.

Der nationalliberalen „Bromberger Zeitung“ wird von Berlin telegraphirt: „Wie aus wohlinformirter Quelle verlautet, beabsichtigt die Regierung dem nächsten Reichstage eine Vorlage wegen Beschränkung des allgemeinen Wahlrechts zu machen. Eine deswegen etwa erforderliche Verfassungsänderung glaubt man durch eine Verfassungsinterpretation umgehen zu können. Wie weiterhin berichtet wird, sollen v. Benningsen und die anderen Führer der Nationalliberalen mit der geplanten Vorlage bereits einverstanden sein.“ Die „N. N. Z.“ bemerkt hierzu: Wir sind nicht in der Lage, über die Glaubwürdigkeit der obigen Mittheilung ein Urtheil auszusprechen und geben dieselbe nur als ein Stimmungssymptom aus den nationalliberalen Kreisen wieder.

Am 18. Jan. wurde beim Kreisgericht in Gera der erste auf Grund des Haftpflichtgesetzes von einem Arbeiter gegen den Fabrikherrn angestrebte Proceß nach 4jähriger Dauer entschieden. Der Arbeiter Göze aus Debschütz gewann den Proceß, der alle Instanzen passiert hat, das Appellgericht Eisenach, wie das Reichsoberhandelsgericht in Leipzig. Beklagter ist verurtheilt, dem Kläger, der drei Finger einbüßte, außer der Nachzahlung des früheren Lohnes, eine lebenslängliche Rente von 7 Mark wöchentlich zu zahlen, falls sich ihr Arbeitsverhältniß löst. Es repräsentirt dies, zu 5 Proc. gerechnet, ein Kapital von über 7000 Mark. Die Leipziger Unfallversicherung bot s. B. 150 Mark! ein für allemal. Nun hat sie auch noch die Kosten zu zahlen.

In allen Kreisen der deutschen Turnerschaft, und zwar Deutschlands wie Oesterreichs, wird das Interesse für das am 10. bis 13. August l. J. bevorstehende 5. allgemeine deutsche Turnfest immer reger, da man allgemein von Breslau erwartet, daß man das Fest zu einem recht gelungenen gestalten werde. Auch die Turner in den nichtdeutschen Ländern, wie z. B. in der Schweiz und besonders in Italien, rüsten sich schon, um auf dem deutschen Turnfeste würdig vertreten zu sein; der Bund der italienischen Turnvereine hat sogar auf seinem letzten Turntage beschlossen, aus Rücksicht auf das deutsche Fest sein eigenes Bundesturnfest in diesem Jahre auszusagen.

Gestern noch hätte man vielleicht sagen können: Rußland steht in Adrianopel wie Herkules am Scheidewege. Heute nicht mehr. Die russische Avant-Garde hat bereits ihren Eilmarsch nach dem Hafen Gallipoli, diesem nahen Ausfallsthor nach Constantinopel, angetreten. Vor Gallipoli kann sich ihr schwerlich ein Feind in den Weg stellen. Werden die Russen auch in Constantinopel einmarschiren? Hindern würde sie trotz der türkischen Truppen, die sich dort sammeln, schwerlich in dem Augenblick Jemand. Eine Berliner ziemlich offiziöse Zeitung glaubt trotz allem nicht, daß die Russen nach Constantinopel gehen. Warum nicht? „Sie würden mit dem Einzug in Constantinopel das Signal zur Theilung der Türkei geben. Bei dem deutschen Einzug in Paris handelte es sich um einen gerechten Triumph, aber nicht um Erbeutung des stolzesten Wildes. Man kann ohne Theilnahme triumphiren, aber nicht die größte Beute der Welt machen, ohne daß sich Theilnehmer melden, wenn man nicht etwa die Stärke allein hat.“

Von großem allgemeinen Interesse ist der Ausspruch eines türkischen Staatsmannes: „Wir werden jetzt jeden Frieden abschließen, den Rußland uns vorlegt, aber wir sind nicht in der Verfassung, um durch weitere Widersprüche den Sieger noch mehr herauszufordern. Wenn dadurch irgend welche Interessen einer neutralen Macht verletzt werden, so ist es eben Sache dieser Macht, für ihre Angelegenheiten einzutreten.“ Das sieht nicht anders aus, als wie ein letzter Versuch, zwischen Rußland und den anderen Mächten Streit anzustiften und wenn möglich, einen allgemeinen Krieg heraufzubeschwören. Ob der Versuch gelingt, muß die Zukunft lehren; sollte er aber das Mittel werden, die so lange erwartete und eben so lange befürchtete Theilung der Türkei auf die Tagesordnung zu bringen, so stände Europa erst vor dem Ende vom Anfang.

Nach englischen Depeschen hat Rußland den Großmächten vertraulich mitgetheilt, es werde nach Constantinopel marschiren, wenn seine Friedensbedingungen nicht unbedingt angenommen würden. Oesterreich mache keine Einwendungen. Constantinopel solle, wie s. B. Kralau, in eine neutrale Republik verwandelt werden. — Suleiman Pascha's Heer, 20–25,000 Mann stark, hat sich glücklich in den Hafen Kavala am ägäischen Meer gerettet und wird entweder diese wichtige Land- und Seestellung besetzen, oder auf Transportschiffen nach Constantinopel geführt werden. —

Die Aussichten auf einen nahen Frieden sind über Nacht wieder gestiegen, dies ist der kurze Inhalt der vielen über die Orientsfrage vorliegenden Telegramme. Wenn die Konstantinopeler Nachrichten der „Köln. Ztg.“ und des „Daily Telegraph“ sich als richtig herausstellen, dann würden schon vorgestern oder doch gestern die Präliminarien unterzeichnet worden sein, da die Pforte alle Bedingungen Rußlands angenommen haben soll. Erst nach dem Abschlusse des Waffenstillstandes wird der Inhalt des Vertrages bekannt werden, der bis jetzt ganz geheim gehalten worden ist. Englands Kriegsrüstungen kommen demnach allem Anscheine nach viel zu spät und es verlohnt sich auch kaum der Mühe, auf diese Episode der orientalischen Wirren nochmals zurückzukommen.

Ein „Standard“-Telegramm aus Constantinopel vom 23. Januar berichtet: Unter Vorsitz des englischen Generalconsuls hat sich hier ein Ausschuß zur Unterstützung aller Flüchtlinge jedweden Stammes und Glaubens gebildet. Mehr als 100,000 Flüchtlinge sind bereits hier eingetroffen und viele tausend andere kämpfen noch mit den Drangsalen des Weges. Wenigstens 90 Proc. dieser armen

Geschöpfe sind Weiber und Kinder. Ihre Leiden waren unbeschreiblich. Unzählige mußten meilenweit durch tiefen Schnee waten und hatten darauf in offenen Wagen, in denen 4 bis 5 Zoll hoher Schnee lag, zu fahren oder selbst auf den schneebedeckten Verbeden der geschlossenen Wagen. Eine große Anzahl starb unterwegs, so daß kein Zug an einer Station anhielt, ohne einen Theil seiner Passagiere zum Beerdigen zu entladen. Ein Wundarzt, der einen Zug begleitete, erzählte mir, er habe 150 Personen, große und kleine, zwischen Adrianopel und hier beerdigt. Viele Weiber waren so durch Kälte, Hunger und Ermüdung gelähmt, daß sie ihre lebendigen Kinder aus den Armen in den Schnee fallen ließen, wo sie umkamen. Viele Moscheen und Kirchen sind mit ihnen überfüllt und der Gottesdienst wird täglich inmitten dieser unseligen Geschöpfe abgehalten. Der gebildete Ausschuß umfaßt die Consuln von 11 Nationen, die leitenden Mitglieder der griechischen und armenischen Gemeinden und Mitglieder aller fremden Kolonien. Sie beabsichtigen einen lebhaften Anruf an die Wohlthätigkeit Europas zu erlassen.

Constantinopel, 25. Januar, 6^{3/4} Uhr Abends. Nach einer Meldung der „Agence Havas“ nahm die Pforte die Bedingungen Rußlands an. Die Friedenspräliminarien sollen morgen in Adrianopel unterzeichnet werden, wohin die Bevollmächtigten sich begeben haben.

Constantinopel, 26. Januar. Die „Times“ und „Daily News“ wollen über die Friedensbedingungen wesentlich Folgendes wissen: Bulgarien soll eine Autonomie unter einem christlichen Gouverneur erhalten incl. dem Bulgariengebiet südlich des Balkan; Bosnien und der Herzegowina wird die Einführung von Reformen unter christlichen Gouverneuren zugesichert, den übrigen türkischen Provinzen eine bessere Verwaltung garantiert. Rumänien, Serbien und Montenegro erhalten ihre Unabhängigkeit, Montenegro einen Gebietszuwachs, aber in Folge des Einwandes Oesterreichs keinen Seehafen. Ein Theil Bessarabiens, Batum, Kars und Erzerum mit dem angrenzenden Gebiete werden an Rußland abgetreten. Die Kriegsschädigung würde in Geld, Gebiet oder auf andere Weise geleistet. Die Frage wegen der Dardanellen bleibe der Erwägung der europäischen Mächte vorbehalten.

Petersburg, 25. Januar. Das „Journal St. Petersburg“ klagt die türkische Regierung an, daß sie die muslimännische Bevölkerung in den Provinzstädten zu unnützen Brandstiftungen und Plünderungen veranlaßte und dadurch gegenseitige Grausamkeiten zwischen Muslimännern und Christen heraufbeschwor, die meist dadurch veranlaßt wurden, daß man die flüchtende Bevölkerung den zurückgehenden Truppen nicht vorausgehen, sondern folgen ließ. Das Journal fragt, ob dies das Verhalten einer Regierung sei, die nach dem Artikel 7 des Pariser Vertrags an den Vortheilen des öffentlichen Rechts und des europäischen Concertes participire. Das Journal erörtert ferner Artikel 7, 8 und 9 des Pariser Vertrags und weist nach, daß der Vertrag keinerlei Verbot eines direkten Friedensschlusses zwischen der Türkei und einer Signaturmacht enthalte, besonders nachdem die Mächte bereits früher nach Artikel 8 die nun mehr eingetretene Eventualität zu verhindern gesucht hätten. Am Schluß wiederholt das Journal im Sinne des Artikels der Berliner „Provinzial-Correspondenz“, daß die Mitwirkung und das Einverständnis der Mächte für die Lösung der Fragen erforderlich sei, welche die europäischen Interessen betreffen.

Petersburg, 26. Januar. Die „Agence Russe“ meldet: Die Kenntniznahme der russischen Bedingungen in London hat England die Ueberzeugung von der Mäßigung Rußlands gegeben und die Krise beseitigt, welche, wie man hoffen darf, keine weiteren Folgen haben wird.

London, 25. Januar. Im Oberhaus erklärte Beaconsfield, da die russischen Bedingungen eingetroffen seien, welche die Grundlagen für den Waffenstillstand enthalten, sei der Befehl betreffs Abganges der Flotte nach den Dardanellen widerrufen worden.

Deutsche und sächsische Angelegenheiten.

Das Justizministerium hat durch eine neuere Verordnung gestattet, daß an Stelle der gewöhnlichen Bestellzettel Postkarten verwendet werden dürfen, unter der Beschränkung auf solche Fälle, wo durch die Angabe des Sachbetriffs und des Zweckes der Bestellung auf den Karten weder ein in der Natur der betreffenden Rechtsangelegenheit begründetes Interesse an der Geheimhaltung, noch eine dem persönlichen wie sachlichen Interesse des Adressaten oder einer dritten Person geschuldete Rücksicht verletzt werden kann. Der Vorstand des Gerichtsamts hat zu bestimmen, wie weit die Verwendung von Postkarten hiernach thunlich sein wird. Es wird durch diese Regel nicht nur eine bedeutende Portoeersparniß, sondern auch in vielen Fällen, z. B. dadurch, daß ein Familienglied in Abwesenheit des Adressaten von dem Inhalt der zweckmäßigeren offenen Karte Kenntniß nehmen kann, Bestellung erzielt werden.

Döbeln. Der volle 14 Jahre währende Konkursproceß über das Vermögen des früheren Bankiers und Bürgermeisters Schwabe in Döbeln nähert sich seinem Ende. Es sollen 130,000 Thaler Kosten erwachsen sein. Die 504 Gläubiger haben bereits 62 Proc. erhalten, demnach steht ihnen aber noch eine Restzahlung von Seiten des Gerichtsamtes Döbeln in Aussicht.

Bauzen. Die immer mehr zunehmende Verfälschung der Nahrungs- und Genußmittel hat die Apotheker des pharmazeutischen Kreisvereins des Regierungsbezirks Bauzen veranlaßt, ein Untersuchungsbureau für Nahrungs- und Genußmittel, sowie für tägliche Verbrauchsgegenstände, auch technische Artikel und chemische Fabrikate, zu errichten. Der genannte Kreisverein beabsichtigt, einen